

Linth-Zeitung

Schweiz am Wochenende

energie sparen

Fenster schraner
 8637 Laupen-Wald
 Tel. 055 256 20 50
 www.schraner-fenster.ch

Samstag, 18. November 2023

AZ 8730 Uznach | Nr. 270 | Redaktion 055 285 91 00 | E-Mail redaktion@linthzeitung.ch | Abo 0844 226 226 | Inserate 055 285 91 14 | CHF 4.20 | linthzeitung.ch

INSERAT

RICKLIS
 KAFFEERÖSTEREI

RICKLIS Erdnüsse Knackfrisch!

Burgerfeldstrasse 14 • 8730 Uznach | www.Ricklis.ch

Adecco-Präsident im Interview

Laut Jean-Christophe Deslarzes kennen drei von vier Befragten Burn-out-Momente. **Interview**

Schicksalsspiel gegen Kosovo

Mit einem Sieg oder einem Unentschieden am Samstag fährt die Schweiz an die EM. **Sport**

Die Weltlage in Graphic Novels

Comics beschreiben Flucht, Unterdrückung und Widerstand.

Bund «Wochenende»

Landschaftsschützer hat nichts gegen Windräder in Schänis

Für Raimund Rodewald von der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz wären Windräder an der Linth «tragbar».

Pascal Büsser

Er ist kein Windkraftturbo. Aber auch kein kategorischer Gegner, wie Vertreter jüngerer Landschaftsschutzorganisationen. Raimund Rodewald, der Doyen des Schweizer Landschaftsschutzes, wägt ab und ist offen für Kompromisse. Dies zeigt sich beim

Interview mit der «Linth-Zeitung» am Rande eines Fachvortrags an der Fachhochschule Ost in Rapperswil-Jona.

Sowohl die Pläne des Bundes wie auch des Kantons in Sachen Windkraft hält die Stiftung Landschaftsschutz, die Rodewald seit über 30 Jahren führt, für übertrieben. Statt 1000 Windrädern wie der Bund sieht die Stiftung höchstens Potenzial für 200 in der Schweiz. Sie spricht sich gegen 9 der 17 vom Kanton präsentierten Eignungsgebiete aus.

Den Standort Schänis, der öffentlich für weit mehr Wirbel sorgt, erscheint der Stiftung dagegen aus landschaftlicher Sicht als «tragbar». Rodewald erklärt im Interview, wieso. **Seiten 2 und 3**

Anders als öffentliche Debatte

Interessant: Das Eignungsgebiet Laad im schwach besiedelten Grenzgebiet zwischen Eschenbach und Wattwil lehnt seine Stiftung ab – weil das im

Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung eingetragene Gebiet Hörnli-Bergland «schwer beeinträchtigt» würde.

Die Lakers kehren zum Siegen zurück

Eishockey Nach vier Meisterschaftsniederlagen in Serie kehren die SCRJ Lakers im Heimspiel gegen den HC Lausanne auf die Siegesstrasse zurück. Beim 3:1-Erfolg glänzen Doppeltorschütze Yannick-Lennart Albrecht sowie Goalie Melvin Nyffeler mit starken Leistungen. Obwohl die Lakers drei Punkte einfahren konnten, war ihre Leistung nicht über das ganze Spiel gut. Nach dem guten Start liessen die Rapperswil-Joner immer mehr nach. Nun haben die Lakers das Wochenende frei, ehe es am Dienstag zum Rückspiel des Champions-League-Achtelfinals nach Mannheim geht. (mor) **Seite 39**

Dutzende Leaks aus Bundesratssitzungen bestätigt

Im Kontext von Covid-19-Geschäften des Bundesrates ist es zu zahlreichen Leaks gekommen. Das zeigt eine Analyse der parlamentarischen Oberaufsicht. Jedoch gebe es keine Hinweise, dass Gesundheitsminister Alain Berset die Indiskretionen in Auftrag gegeben habe. Das schreiben die Geschäftsprüfungskommissionen von National- und Ständerat in ihrem am Freitag veröffentlichten Bericht zu den «Corona-Leaks». Wegen der «sehr lückenhaften Quellenlage» hätten die Untersuchungsfragen aber nicht abschliessend beantwortet werden können.

Deshalb ist der Kampf des Parlaments gegen Indiskretionen in Bundesbern auch noch nicht zu Ende. Eine Subkommission der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats führt die Arbeiten weiter. Dort gibt es schon Vorschläge etwa für die Anpassung der Strafprozessordnung oder des Verwaltungsorganisationsgesetzes. (red) **Seiten 24 und 25**

Seltene Vögel auf der Durchreise



Kraniche machen Pause im Kaltbrunner Riet. Ein seltener Anblick. Normalerweise führt ihre Flugroute in den Süden an der Schweiz vorbei. Ihren Aufenthaltsort in der Region haben die Vögel wohl nicht zufällig gefunden. **Seite 9**

Bild: Klaus P. Robin

Ungebrochenes Interesse an der Jagd

«KulTour» Die Jägerschaft hat kaum Nachwuchsprobleme, auch junge Frauen machen vermehrt die Jagdprüfung. Woran liegt das? «KulTour»-Autor Bruno Glaus, seit 40 Jahren Jäger, ist überzeugt, dass die Jagd tiefwurzelnde kulturelle Bedürfnisse befriedigt. Rund um den 3. November wird an die Hubertuslegende und die Bedeutung der Jagd erinnert. (lz) **Seite 7**

Wetter heute

Linthgebiet



3° / 8°
Seite 19

Inhalt

Stellen	15	Todesanzeigen	21
Wetter / Börse	19	TV-Programm	w16
Kirchl. Anzeigen	20	Denksport	w18



INSERAT

Gartenplaner
Gartengestaltung
Gartenpflege

Garten Holenstein

Tel. 055 224 24 70

gartenholenstein.ch

fumagalli
bijouterie

Rapperswil
 www.fumagalli.ch

Region

«Die grösste Herausforderung ist die Energiefrage, ganz klar»

Windräder, AKW, Solaranlagen, Zersiedelung, Verdichtung, Grünräume, Umfahrungen: Raimund Rodewald, Doyen des Schweizer Landschaftsschutzes, ordnet national wie regional brennende Themen ein. Und erklärt, wieso Windräder nach Schänis statt nach Eschenbach gehören.

	
	

Pascal Büsler

Er ist seit über 30 Jahren das Gesicht des Schweizer Landschaftsschutzes. Raimund Rodewald, Geschäftsfleiter der Stiftung Landschaftsschutz, sprach kürzlich an der Fachhochschule Ost zu Baukultur und Grünräumen – im Kontext der laufenden Ortsplanungrevision. Eingeladen hatten ihn das Architekturforum Obersee und der Verein Natur Rapperswil-Jona. Der «Linth-Zeitung» gab Rodewald im Anschluss ein Interview.

Raimund Rodewald, Sie zeigten an der Fachhochschule Ost eine Folie, auf der stand: «Die Stadt der Zukunft – das Dazwischen rückt ins Zentrum.» Was soll das bedeuten?
Es ist die Umkehr von dem, was man früher dachte. Alt Bundesrat Moritz Leuenberger sagte einst: «Stadt ist Stadt und Land ist Land.» Die Stadt als ein eigener Körper, der sich nicht mit der übrigen Landschaft verbindet. Diese Vorstellung ist absolut überholt. Die Stadt ist auch eine Landschaft, sie hat auch Biodiversitätsprobleme und -lösungen anzubieten. Den Klimawandel, der die Landwirtschaft spürt, den spürt man auch in der Stadt.

Was heisst das konkret?
Die Natur muss auch ein Teil der Stadt sein, wie das für die Landwirtschaft reklamiert wird. Lange hat man die Stadt als funktionalen Raum angesehen. Alles, was nicht zu dieser Funktion gehört, schien überflüssig. Zur Erholung war die Landschaft rundherum da. Das ist eine Haltung, die nicht mehr sein darf. Eine moderne Stadt definiert sich auch durch ihre Grünräume.

Ist die heute angestrebte innere Verdichtung aus Sicht Landschaftsschutz erwünscht?
Absolut. Die erste Landschaftsinitiative wurde von uns lanciert, als man in Galmiz im Kanton Fribourg 50 Hektaren Industrieland mitten im Gemüseanbaugebiet schaffen wollte. Wir müssen haushälterisch umgehen mit unserem Boden und zu kompakten Siedlungen kommen. Vor zehn Jahren trat das neue nationale Raumplanungsgesetz in Kraft. Das hat den Prozess angestossen, übermässige Bauzonen in den Kantonen und Gemeinden zurückzunehmen. Wir haben uns dabei sehr eingesetzt, dass im Gesetz eine hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen verlangt und nicht einfach geklotzt wird.

Es gibt viele Widerstände in Form von Einsprachen bei Bauprojekten in Städten – in Rapperswil-Jona genauso wie anderswo. Ist das Mass an erträglicher Verdichtung für die Bevölkerung schon erreicht?
Es wäre gewagt zu sagen, dass wir bereits an Grenzen stossen. Das Problem ist die noch immer steigende Wohnungsgrösse. Die Schweiz leistet sich pro Wohnung einen Platzverbrauch, der viel grösser ist als im europäischen Umfeld, geschweige denn weltweit.

Trotzdem gibt es ein verbreitetes Gefühl, dass es enger im Land wird. Politisch wird unter dem Stichwort Dichtestress darüber debattiert.
Die bauliche Verdichtung ist eine Transformation, die an unsere Bilder des Herkömmlichen rührt. Insofern ist es ein psychologisches Phänomen. Wir können uns noch nicht damit abfinden.

Die Landgemeinden im Linthgebiet sind in den letzten Jahren prozentual stärker gewachsen als die Stadt Rapperswil-Jona. Der Traum vom Haus im –mehr oder weniger– Grünen lebt.
Über die Hälfte der Wohnbauten in der Schweiz sind Einfamilienhäuser, ihre Zahl hat bis vor Kurzem noch zugenommen. Darin lebt aber nur ein Viertel der Bevölkerung. Wir haben diesen Traum vom Häuschen. In anderen Ländern ist er allerdings noch viel stärker.

Das Wachstum im ländlichen Raum hat auch mit Ökonomie zu tun. In Städten können sich viele selbst Eigentumswohnungen nicht mehr leisten. Und es lässt sich auch leichter bauen auf den noch vorhandenen grünen Wiesen.
Es ist so, im Mittelland haben wir eine unglaubliche Sogwirkung der Zentren, auch in Regionen wie dem Linthgebiet. An sich haben wir mit dem Raumplanungsgesetz von 2014 eines der griffigsten Instrumente europaweit. Aber zehn Jahre später haben noch immer nicht alle Gemeinden ihre Raumplanung angepasst. Immerhin gibt es kaum mehr eine Gemeinde, die um jeden Preis und unkontrolliert wachsen will. Leider werden Planungszonen auf kommunaler Ebene zu wenig angewandt, um zu verhindern, dass zu grosse Bauzonen aus der Vergangenheit noch schnell überbaut werden.

Das Problem der Einsprachen bei Verdichtungsprojekten bleibt.
Die nachbarschaftliche Problematik besteht. Da geht es teils um legitime Interessen. Leuten, die ich berate, empfehle ich, sich mit anderen zusammen-zutun. Und über private Interessen hinaus eine Diskussion zu starten. Wenn nicht hier verdichtet wird, dann soll gesagt werden wo. Vielleicht gibt es die Möglichkeit eines Landabtausches. Das Problem ist, dass die öffentliche Hand oft keine Bodenpolitik macht – gerade im ländlichen Raum. Öffentliche Korporationen haben über Jahrzehnte Stück für Stück Bauland an Private verkauft, ohne klare Strategie. Das war das Grundübel der Zersiedelung.

In Rapperswil-Jona läuft die Ortsplanungrevision. Wie kann eine Stadt trotz Verdichtung genügend Grün- und Freiräume erhalten?
Es ist ja nicht so, dass es in Rapperswil-Jona zu wenig Einfamilienhäuschen mit Gärten hätte. Diese Grünräume stehen aber nicht öffentlich zur Verfügung, sondern sind oft gar abgeschirmt von

	
	

Zur Person

Raimund Rodewald (64) ist promovierter Biologe und seit 1992 Geschäftsfleiter der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) in Bern. 2008 erhielt der gebürtige Schaffhauser den Ehrendoktor der juristischen Fakultät der Uni Basel. Mit seiner Expertentätigkeit in zahlreichen Kommissionen und Arbeitsgruppen, der grossen Erfahrung in Konfliktlösungsprozessen und seinerenger Publikationstätigkeit machte Rodewald den Landschaftsschutz zu einem breit anerkannten Thema in der Schweiz. Er ist Gastdozent an der ETH Zürich in Landschaftsästhetik. *(Lz)*

Mauern, Zäunen oder biologisch nutzblosen Kirschlorbeer-Hecken. Und ein Rasen mit einem Trampolin drauf ist auch kein wirklicher Grünraum. Eigentum ist nicht absolut. Ein Eigentümer ist Teil der Gesellschaft. Das heisst nicht, dass man auf private Grundstücke beliebig zurückgreifen soll. Aber eine gewisse Einsicht in die privaten Grünräume und deren Vernetzung, wie man das in der Landschaft seit Längem versucht, wäre absolut notwendig.

Wie sichert eine Behörde Grünräume bei grossen Überbauungen?
Der rein funktionale Denkansatz muss fallen. Das gilt auch für Gewerbezoen. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass diese ausserhalb der Arbeitszeiten tote Parkplatzwüsten sind. Wenn Investoren allein den Ton angeben, kommt so etwas heraus wie in der Zürcher Europaallee. Öd, kahl und abweisend. Ein Projekt von vorgestern.

Wie verhindert man das?
Eine Baubehörde braucht Rückgrat, um Investoren entgegenzutreten. Neben der Erfüllung von Ausnutzungsziffern muss sie Grünraumqualität einfordern. Damit sie das kann, braucht sie etwas Rechtliches in der Hand. Die schlanke Bauordnung, für die sich viele Gemeinden rühmen, bedeutet, dass die Behörden wenig zu sagen haben. Es gibt aber auch positive Beispiele. Die Gemeinde Freienbach, die in der Vergangenheit den Hangfuss zum Etzel unglaublich zugeklotzt hat, ist jetzt vorbildhaft unterwegs und will verbliebene freie Landschaftsräume aufwerten. Gemeinden sollten im Städtebau zu den Besten gehören wollen und nicht einfach zulassen, was überall gebaut wird.

Die Stiftung Landschaftsschutz fordert mehr Stadtbäume. Mit der inneren Verdichtung wird es aber immer schwieriger, die Grenzabstände zu Nachbarn einzuhalten.
Grenzabstände für Bäume sind im städtischen Gebiet verheerend. Nach dem Modell von Basel-Stadt sollte man sie abschaffen. Im Kanton St. Gallen müsste man mindestens eine Flexibilisierung ermöglichen. Dass eine Gemeinde zum Beispiel gestützt auf ein Grünraumkonzept von fixen Abständen abweichen kann. Denn Bäume schaffen nicht nur Identität, sondern sind matchentscheidend fürs städtische Klima. Bäume müssen heute zentrale Bestandteile von Bauprojekten sein.

Muss man Bäume stärker schützen?
Stattliche Stadtbäume müssten auf eine rote Liste. Fällt man sie, findet sich oft kein neuer Standort. Denn Leitungen im Boden schränken das Pflanzen im öffentlichen Raum ein. Umso mehr sollte man Private ermuntern, bis hin zu einer gewissen Pflicht, Bäume zu setzen. Die Stadt könnte etwa Kosten für den Unterhalt übernehmen. Baumpflege könnte auch ein Engagement auf Ebene von Quartiervereinen sein, als Beitrag zum Klimaschutz. Ich glaube, die Bevölkerung ist sehr offen, wenn jemand mit gutem Beispiel vorangeht.

Sie haben dem Kanton St. Gallen 2019 eine Abrissflut alter Bauernhäuser ausserhalb der Bauzone vorgeworfen. Der Kanton nannte die Kritik masslos übertrieben. Konnte er Sie überzeugen?
Nein, der damalige Austausch hat überhaupt nichts ergeben. Der Kanton stell-

te sich auf den Standpunkt, dass Abreissen oder Sanieren Sache des Eigentümers sei. Damals waren 60 bis 80 Ersatzneubauten ausgeschrieben pro Jahr. Inzwischen ging das etwas zurück. Auch dank unserer zahlreichen Einsprachen und der Bauberatung wurde die Qualität der Ersatzbauten deutlich besser. Sehr geholfen hat auch ein Leitfaden der Gemeinde Nesslau, die sich selber an der Entwicklung im Obertoggenburg störte. Fachliche Begleitung, wie auch wir und unsere Partner sie bieten, ist der richtige Weg. Während 21 Kantone bei uns Mitglied sind und unsere Arbeit unterstützen, zeigen uns St. Gallen und die beiden Appenzell leider immer noch die kalte Schulter.

Muss man einen Baustil auf ewig konservieren?
Natürlich nicht. Die Frage ist, welchen Baustil führt man stattdessen ein. Dazu kommt: Die Häuser ausserhalb der Bauzone sind exponiert und prägen das Gesicht der Landschaft. Wenn man nichts macht, wird das trivialisiert und es entstehen Einfamilienhäuser, die auch in der Westschweiz stehen könnten. Oder wie in Gommiswald, wo Erben ein altes Haus abreiissen und ein

«Stattliche Stadtbäume müssten auf eine rote Liste. Man findet oft keinen Ersatzstandort für sie.»

Landhaus im englischen Stil bauen wollten. Nach unserer Intervention und neuen Vorschlägen waren sie Feuer und Flamme für die lokale Bautradition.

Das Bundesparlament hat einen Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative ausgearbeitet, welche die Bautätigkeit ausserhalb der Bauzone stoppen soll. Sind Sie als Teil des Initiativkomitees mit der Lösung zufrieden?

Jein. Es gibt über 600 000 Häuser ausserhalb der Bauzone. Und es wird immer noch weiter gebaut. Das soll nun endlich gestoppt werden. Mit diesem Teil des Raumplanungsgesetzes (RPG2, Red.) bin ich zufrieden, auch die Landwirtschaft hat da mitgezogen. Der Gegenvorschlag hat aber insgesamt ein paar planerische Fehler und die Umsetzung wird sehr schwierig. Aber es gibt real keine Alternative.

Die Kommission des Ständerats hat dagegen einen Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative abgelehnt, die ihre Stiftung auch unterstützt. Und die mehr Flächen sowie finanzielle Mittel für die Biodiversität fordert. Kommt der Gegenvorschlag im Ständerat durch?
Auch da hätte ich mir von Ostschweizer Politikern mehr Unterstützung erhofft. Immerhin hat sich der Thurgauer Ständerat Jakob Stark (SVP, Red.) ins Zeug gelegt. Ich hoffe, dass er andere noch ansteckt. Die Landwirtschaft ist nun



Begrünte Baugebiete statt Verbauung des Grünen: Landschaftsschützer Raimund Rodewald plädiert für kompakte Siedlungen mit genügend Freer und Grünräumen. Bild: Keystone

«Es kann nicht die Lösung sein, Windräder in die freie Landschaft zu setzen.»

weitgehend ausgenommen. Es geht primär um die urbane Biodiversität. Für uns wäre dieser Gegenvorschlag knappst genügend. Wenn nicht mal das im Ständerat durchkommt, frage ich mich, wie die Schweiz der Biodiversitätskrise begegnen will.

Drücken Sie so stark auf einen Gegenvorschlag, weil es schwierig wird, mit dem abstrakten Konzept Biodiversität eine Mehrheit an der Urne zu gewinnen – vor allem wenn die Bauern gegen die weit strengere Initiative mobilisieren?
Ein Abstimmungskampf wäre sicher nicht einfach. Es wäre auch sehr enttäuschend, wenn seiltens Landwirtschaft daraus wieder so eine Schwarz-Weiss-Fragestellung gemacht würde. Aber die Zahlen zeigen, dass das Artensterben in der Schweiz massiv ist. Auch wenn der Begriff Biodiversität vielleicht unglücklich ist, bin ich überzeugt, dass die Bevölkerung beim Naturschutz das Herz am rechten Fleck hat.

Was ist aktuell die grösste Herausforderung in der Schweiz aus Sicht Landschaftsschutz?
Die Energiefrage, ganz klar. Daran wird sich messen, was wir in Sachen Biodiversität und landschaftlicher Schönheit noch erhalten und erschaffen können.

Der Bund will rund 1000 Windräder ermöglichen, was etwa 30 Prozent des nutzbaren Potenzials entsprechen. Diese könnten knapp neun Terrawattstunden Strom im Jahr produzieren, das entspricht etwa der Leistung des Atomkraftwerks Gösgen. Ihre Stiftung sieht dagegen nur Potenzial für 150 bis 200 Windräder. Wieso?
Der Widerstand aus der Bevölkerung ist einfach zu gross. Vielerorts geht es um zwei, drei Räder. Damit kommt man eh nirgends hin. Wenn wir von effizienten Windparks reden, stehen die in der Regel nicht im Kanton Zürich oder St. Gallen, sondern auf der Jurakette oder auf den Hügeln des Gros-de-Vaux in der Westschweiz, wie jüngst eine ETH-Studie zeigte. Wir können die Belastungen nicht gleichmässig auf alle verteilen, das wäre unsinnig. Wir können aber auch nicht eine Region überfrachten. Mehr als 200 Windräder kann ich mir schlicht nicht vorstellen in der Schweiz. Ausser man oktroziert es auf wie in Deutschland. Aber da sind wir demokratisch anders aufgestellt.

Lässt man es dann nicht besser gleich ganz mit Windkraft?
Wir können auch nicht sagen, dass wir einfach nichts machen. Wir brauchen wahrscheinlich bis 2050 rund 80 bis 90 Terrawattstunden Strom (aktuell sind es rund 57, Red.). Es fehlt uns vor allem im Winter und Frühjahr massiv. Im

Sommer lässt sich mit Solarenergie ein grosser saisonaler Überschuss produzieren. Das ungelöste Problem ist die Speicherung. Die EU ist bei Power-to-X voll dran. Da muss sich die Schweiz dranhängen. Aber wir haben eine technologische Lücke von 10 bis 15 Jahren, die es zu überbrücken gilt. Nicht mit Kohle oder Gaskombikraftwerken. Eine Verlängerung der AKW-Laufzeit müssen wir aber prüfen in der Schweiz.

Zunehmend wird der Ruf nach neuen AKW laut. Betreffend Energie pro Flächenverbrauch ist Atomkraft wohl unschlagbar. Das müsste auch in Ihrem Sinne sein.
Das mit der Fläche stimmt. Aber erstens haben wir bei AKW die Uranabhängigkeit. Uranminen sind absolute Todesgebiete. Zweitens haben wir die grosse Herausforderung der Lagerung der Abfälle. Dazu kommt das Unfallrisiko. Atomkraft ist auch zeitlich kein Ausweg, auch wenn Lino Guzzella (ETH-Professor, Red.) erzählt, dass es bald neue AKW-Technologien gibt. Von denen redet man aber seit Längerem.

«Wenn sich in der Schweiz nicht genügend landschaftsverträgliche Standorte für Windkraft finden sollten», so ist es nach Meinung ihrer Stiftung legitim, «in Windpärke im Ausland an weniger sensiblen Standorten zu investieren und Strom aus erneuerbaren Energien aus dem Ausland zu importieren». Ist das nicht einfach ein Auslagern der Belastungen?
Natürlich gibt es auch im Ausland sensible Landschaften. In Lappland wehren sich Indigene gegen Windräder. Offshore oder in grossen, dünner besiedelten Ebenen in Deutschland ist es aber leichter, Windräder aufzustellen. Dort ist auch die Effizienz höher. Natürlich stellt sich dann die Frage, wie man den Strom hierher transportiert. Mein Traum für die Zukunft ist, dass der Strom möglichst nah am Ort produziert wird, wo er verbraucht wird.

Ihre Stiftung ist gemäss Stellungnahme gegen 9 der 17 Eignungsbiete für Windkraft im Kanton. Etwa im Gebiet Laad zwischen Eschenbach und Wattwil, wo es bisher kaum Echo gab. Der Standort Schänis dagegen, wo es heftigen lokalen Widerstand gibt, «erscheint tragbar» laut Landschaftsschutz. Wieso?

250 Meter hohe Windräder in der Nähe eines Siedlungsgebiets wie in Schänis sind eine gewaltige Sache. Die Frage, ob solche Dimensionen human sind, oder der Gewöhnung. Im Moment fühlen sich viele von der Politik überfahren. Man will die Windräder nicht sehen, nicht hören und wirft Themen auf wie Infraschall, die teilweise an Glaubensfragen anknüpfen. Nur weil die Bevölkerung die Windräder nicht bei sich will, kann es aber nicht die Lösung sein, sie in die freie Landschaft zu setzen wie im Gebiet Laad. Die Schweiz ist ein Infrastrukturland. Und wo es bereits solche hat, soll man sie konzentrieren. Deshalb hatten wir das Windrad Haldenstein damals unterstützt.

Das ist leicht gesagt, wenn man weit weg in Bern ist.
Ich bin an meinem Wohnort Biel auch mit einem Windpark vor meiner Nase konfrontiert. Ich habe ihn befürwortet.

Der Verband Freie Landschaft Schweiz, der kategorisch gegen Windräder kämpft, will das Referendum gegen den vom Bundesparlament beschlossenen Mantelerlass im Energiebereich ergreifen. Der Naturschutz werde mit dem Gesetz gepöfert. Wird Ihre Stiftung das Referendum unterstützen?

Der Beschluss des Stiftungsrats steht noch aus, aber ich glaube nicht. Im Mantelerlass hat es auch Effizienzziele drin und eine Solarpflicht. Wenn wir das alles infrage stellen, dann muss man die Energiestrategie 2050 für gescheitert erklären. Und dann bleibt wirklich nur noch die Atomkraft. Deren Akzeptanz ist aber auch nicht gegeben, ebenso wie die Wirtschaftlichkeit. Und zeitlich funktioniert es auch nicht.

Bringen Sie es übers Herz, dass Landschaften von nationaler Bedeutung für die Energieproduktion geopfert werden?
Eine Interessenabwägung ist mit dem Mantelerlass nach wie vor sichergestellt. Das können wir erreichen. Wir werden uns für die Landschaftsperlen mit Vehemenz einsetzen. Bedenklicher ist der Solarexpress. Dort ist die Interessenabwägung explizit gestrichen.

«Die Mobilität, die wir uns aktuell leisten, ist nicht zukunftsfähig.»

Mit dem Solarexpress kam auch das Solarprojekt im alten Steinbruch am Walensee wieder aufs Tapet. Ein verkraftbarer Eingriff?
Nein, das ist ein schwerer Eingriff ins national geschützte Landschaftsbild. Die spiegelnden Module wären hochgradig einsehbar. Die bei der Bewichtigung des Steinbruchs verlangte Revitalisierung würde zunichtegemacht.

Ist das nicht ein Opfer, das man bringen müsste, um die Energie-wende voranzubringen?
Bevor man solche Anlagen baut, müsste es eine Solarpflicht für alle Hausdächer geben. Wichtig ist auch, bei der Effizienz anzusetzen. Der Pro-Kopf-Verbrauch beim Strom muss stark runter. Der ganze Verkehr wird nicht infrage gestellt, sondern einfach elektrifiziert. Das sind 12 Terrawattstunden.

Apropos Verkehr: In der Region sind ein Stadttunnel und mehrere Umfahrungen geplant. Wie beurteilen Sie diese?

Ich kenne die Projekte zu wenig, um sie konkret zu beurteilen. Grundsätzlich bin ich überzeugt, dass wir es uns finanziell und landschaftlich nicht mehr leisten können, überall zu umfahren und zu untertunneln. Es gibt x solche Projekte in der Schweiz. Die Mobilität, die wir uns aktuell leisten, ist nicht zukunftsfähig. Damit kommen wir zum Anfang zurück. Wir brauchen kompakte Siedlungen, die eine verträgliche Mobilität ermöglichen.